

# ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN

Sonstiges Sondergebiet "Lebensmittel markt / Nahversorgung" § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 11 BauNVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 Abs. 1, 3 BauNVO

Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen

§ 9 Abs. 1 Nr. 4, 22 BauGB Zweckbestimmung: Stellplätze

Private Straßenverkehrsfläche

§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung

Private Grünfläche - Bestand / Sichtdreieck freihalten

Private Straßenverkehrsfläche- Fuß- und Radweg

der Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB Anpflanzen von Bäumen

§ 9 Abs. 7 BauGB

§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB

§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB

Fläche für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Fläche zugusten des Sondergebietes § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Umgrenzung von Flächen deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind ("Altlasten")

KENNZEICHNUNG § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB

# TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

### PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN § 9 Abs. 1 BauGB i.v.m. BauNVO

1.1 Art der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB Sonstiges Sondergebiet "Lebensmittelmarkt / Nahversorgung" (SO)

Zulässig ist die Errichtung

• eines Lebensmitteldiscountmarktes mit einer Verkaufsfläche von insgesamt max. • eines Backshops mit Café mit einer Nutzfläche inklusive Freisitz von insgesamt max. eines sonstigen Einzelhandelsbetriebes oder nicht störenden Handwerksbetriebes oder eines Dienstleistungsbetriebes (z.B. Apotheke), der der Versorgung des

angrenzenden Gebietes dient mit einer Nutzfläche von insgesamt max. 170 m².

**1.2 Maß der baulichen Nutzung** § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

1.2.1 Höhe der baulichen Anlagen § 18 BauNVO

Für die Höhe baulicher Anlagen gilt die festgesetzte maximale Wandhöhe (WH) über der Fertigfußbodenhöhe.

Als Wandhöhe (WH) ist entsprechend den Regelungen der LBauO die Schnittlinie der Außenwand mit der Dachhaut bzw. der obere Abschluss der Wand definiert. Die maximale Wandhöhe (WH) beträgt 7,00 m.

1.2.2 Grundfläche § 19 BauNVO Die Größe der zulässigen Grundfläche (GR) der baulichen Anlage (Marktgebäude einschließlich Vordächer und Caféfreisitz) beträgt max. 2.100 m².

1.3 Bauweise § 22 BauNVO

Es wird die abweichende Bauweise festgesetzt. Die Gebäude werden mit seitlichem Grenzabstand errichtet, die Gebäudelänge darf über 50 m betragen.

Flächen für Stellplätze und deren Zufahrten § 9 Abs. 1 Nr. 4, 22 BauGB Stellplätze und deren Zufahrten sind mit wasserundurchlässiger Oberfläche zu gestalten. Stellplätze und deren Zufahrten sind in den mit Pflanzbindung belegten Flächen unzulässig.

**1.5** Flächen für die Rückhaltung von Niederschlagswasser § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB Eine Versickerung von Niederschlagswasser auf dem Grundstück oder in den südlich und westlich angrenzenden Bereichen ist aufgrund der Bodenverunreinigungen nicht Das anfallende Niederschlagswasser ist in Erdbecken zu sammeln und gedrosselt in den vorhandenen Regenwasserkanal abzuleiten. Die Erdbecken sind gegen den Untergrund abzudichten und naturnah zu modellieren und zu begrünen.

**1.6** Private Grünfläche § 9 Abs.1 Nr. 15 BauGB Innerhalb der in der Planzeichnung festgesetzten privaten Grünfläche dürfen ausnahmsweise und nach vorheriger Abstimmung im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde einzelne Bäume und Sträucher zurückgeschnitten werden, sofern dies zur Herstellung der Verkehrssicherheit, zur Errichtung der Einfahrt oder zur Einsehbarkeit und Auffindbarkeit des Sondergebietes notwendig ist.

### 1.7 Flächen und Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft § 9 Abs.1 Nr. 20 BauGB

1.7.1. Allgemeines:

• Sämtliche Rodungsmaßnahmen und sonstige Eingriffe in den Vegetationsbestand, die zu Beeinträchtigungen brütender Vögel führen könnten, dürfen nur in der Zeit vom 01. Oktober bis 28. Februar durchgeführt werden.

 Für sämtliche Baum- und Strauchpflanzungen im Planungsgebiet sind einheimische und standortsgerechte Gehölze zu verwenden, z.B. die unter "Hinweise / Belange des Artenschutzes" aufgeführten Arten der Vorschlagsliste.

• Die festgesetzten Anpflanzungen sind fachgerecht auszuführen, dauerhaft zu erhalten und bei Ausfall gleichwertig zu ersetzten. Sämtliche grünordnerische Festsetzungen sind in einem qualifizierten Freiflächen- und Pflanzplan zum Bauantrag darzustellen.

Auf der Rückseite des Gebäudes oder an älteren Bäumen im Planungsgebiet sind mindestens 10 Nisthilfen für Fledermäuse in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde anzubringen und dauerhaft zu erhalten.

Für die Außenbeleuchtung sind ausschließlich Leuchtmittel mit insektenschonender Bauweise und nicht anlockendem Lichtspektrum einzusetzen (z.B. Natriumdampflampen).

## 1.7.3 Geltungsbereich B:

M 1:500

1.7.2 Geltungsbereich A:

 Von der im Geltungsbereich B festgesetzten Ausgleichsfläche auf einem Teilstück des derzeitigen Flurstücks Nr. 2866/11 sind 3.000 m² dem Vorhaben als Fläche für Ausgleichsmaßnahmen zugeordnet. • 50 % der Fläche sind als extensive Pflanzflächen (z.B. Bennjeshecke mit

Initialpflanzungen) sowie mit 20 hochstämmigen Laubbäumen zu bepflanzen, • 50 % der Fläche sind als extensive Streuobstfläche zu entwickeln und zu pflegen; es sind 9 hochstämmige Obstbäume regionaler Sorten zu pflanzen sowie die Fläche als krautreiche Wiese einzusäen.

## 1.8 Anpflanzen und Erhalten von Bäumen und Sträuchern § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB

1.8.1 Geltungsbereich A: • Innerhalb der festgesetzten Flächen mit Pflanzbindung sind mindestens 21 hochstämmige Bäume zu pflanzen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen. Die Flächen sind mindestens zu 80%, im Bereich der Entwässerungserdbecken zu mindestens einem Drittel mit Gehölzen entsprechend der Pflanzliste zu bepflanzen; bei herzustellenden Gehölzflächen sind pro angefangene 100m² Anpflanzungsfläche mindestens 5 Heister und 40 Sträucher zu pflanzen. Die übrigen Vegetationsflächen sind durch Wieseneinsaat oder der Anpflanzung von Bodendeckern zu begrünen..

• Innerhalb der Flächen mit Pflanzbindung ist das Anlegen von Erdbecken zur Sammlung und Rückhaltung von Niederschlagswasser ist zulässig. Die Erdbecken sind naturnah zu modellieren und zu begrünen.

• Stellplätze oder Zufahrten sind im Bereich der Flächen mit Pflanzbindung

• Die festgesetzten Bäume sind als Hochstämme mit einem Stammumfang von mindestens 16-18 cm (3 x verpflanzte Ware mit Ballen) und die festgesetzten Sträucher mit einer Mindesthöhe von 60-100 cm zu pflanzen. Mindestens ein Drittel der Bäume sind als Bäume 1. Ordnung zu pflanzen.

1.8.2 Geltungsbereich B:

• Die festgesetzten Bäume sind mit einem Stammumfang von mind. 14-16 cm (3 x verpflanzte Ware mit Ballen),

• die festgesetzten Obstbäume als Hochstamm mit einem Stammumfang von mind. 10-12 cm (3 x verpflanzte Ware) anzupflanzen. • Strauchflächen können als Initialbepflanzung mit 20 Sträuchern pro angefangene 100 m² Anpflanzungsfläche angelegt werden.

### 2. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN § 88 LBauO

2.1 Werbeanlagen § 88 Abs.1 Nr.1 LBauO

Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Werbeanlagen sind entsprechend den Darstellungen des Vorhaben- und Erschließungsplanes zulässig: - Je Ein- und Ausfahrt zu der öffentlichen Verkehrsfläche ist eine Werbeanlage in Form von Leuchttransparenten mit einer Höhe von max. 6,0 m und einer Breite von max. 3,50 m zulässig. Diese Anlagen sind auch innerhalb von Flächen für

Anpflanzungen zulässig. Die Oberkante der Werbeanlagen am Gebäude darf eine Gesamthöhe von max. 7,50 m ab Oberkante Fertigfußboden nicht überschreiten.

Werbeanlagen mit bewegtem, laufendem oder blinkendem Licht sind nicht zulässig.

Leuchtmittel zulässig. Akustische Außenwerbung und Musik im Außenbereich durch Lautsprecheranlagen sind unzulässig.

Einfriedungen zu öffentlichen Flächen sind nur als Hecke oder Strauchhecke, auch in Verbindung mit einem Zaun auf der von der öffentlichen Fläche abgewandten Seite

zulässig. Einfriedungen zu öffentlichen Flächen dürfen nur bis zu einer maximalen

Höhe von 1,20 m ausgeführt werden. Bezugspunkt dieser Höhenfestsetzung ist die

Bei einer Beleuchtung von Werbeanlagen sind ausschließlich insektenschonende

angrenzende Rosenwörthstraße und die Höhe der künftigen Sudetenstraße. Im Bereich der Grundstückszufahrten sind Schranken zulässig.

. **KENNZEICHNUNG** § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB

## Der Geltungsbereich A des Bebauungsplangebietes ist Teil der registrierten

Altablagerung 31400000-226.

**2.2 Einfriedungen** § 88 Abs.1 Nr.3 LBauO

# 4. HINWEISE

Vorschlagsliste zur Verwendung von Pflanzenarten: Es können verwandte Arten und Sorten sowie Obstbäume verwendet werden.

Acer campestre Feld-Ahorn Quercus petraea Trauben-Eiche Acer platanoides Spitz-Ahorn Quercus robur Stiel-Eiche Carpinus betulus Hainbuche Sorbus aria Mehlbeere Tilia cordata Winter-Linde Fagus sylvatica Buche Tilia platyphyllos Sommer-Linde Fraxinus excelsior Gemeine Esche Tilia tomentosa Silber-Linde Malus sylvestris Wild-Apfel Populus tremula Espe (Zitter-Pappel) Prunus avium Prunus padus Trauben-Kirsche

Malus domestica / Apfel: 'Großer Rheinischer Bohnapfel', 'Kaiser Wilhelm Rheinischer Winterrambur'

Prunus domestica (Kirsche, Pflaume etc.): 'Bühler Frühzwetschke', 'Mirabelle von Nancy'

Pyrus communis Wild-Birne

Pyrus domestica / Birne: 'Gute Graue', 'Madame Verte', 'Offenbacher Rote', 'Weilersche Mostbirne'

Rosa canina Hunds-Rose Rosa rubiginosa Apfel-/ Wein-Rose rataegus laevigata Zweigriffl. Weißdorn Salix caprea Sal-Weide Euonymus europaeus Pfaffenhütchen Viburnum lantana Wolliger Schneeball Ligustrum vulgare Liguster Viburnum opulus Gemein. Schneeball Lonicera xylosteum Rote Heckenkirsche

Bei der Ausführung von Bauvorhaben ist auf Barrierefreiheit zu achten. Die einschlägigen Vorschriften zum barrierefreien Bauen sind zu berücksichtigen

Es ist nicht auszuschließen, dass im Plangebiet Kampfmittel zu finden sind. Kampfmittelfunde gleich welcher Art sind unverzüglich dem Kampfmittelräumdienst Vorgehensweise. Beauftragte Fachunternehmen sind nicht berechtigt, selbstständig Fundmunition zu entschärfen, zu sprengen oder auf öffentlichen Straßen zu

transportieren.

 Die Versickerung von Niederschlagswasser ist auf der Altablagerung nicht zulässig. • Im Bereich von unversiegelten Pflanzgruben und Pflanzbeeten ist der Boden

• Der Beginn von Baumaßnahmen ist der Stadt Ludwigshafen, Bereich Umwelt rechtzeitig vorher anzuzeigen. Ihr ist Gelegenheit zu örtlichen Kontrollen zu geben. • Erdarbeiten sind durch einen Altlastensachverständigen zu begleiten und zu dokumentieren.

 Aushubmassen sind ordnungsgemäß zu entsorgen bzw. zu verwerten. • Treten bei Erdarbeiten, Bodenbewegungen oder ähnlichem gefahrverdächtige Umstände auf, z. B. Bodenverunreinigungen in nicht nur geringfügigem Umfang, belastetes Schicht- oder Grundwasser, Gerüche bzw. Gasaustritte oder Abfälle, müssen diese unverzüglich die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd -Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz in Neustadt angezeigt werden.

• Werden konkrete Gefahren für den Einzelnen oder die Allgemeinheit (Umwelt) durch z. B. freigelegte oder austretende Schadstoffe, Austritt von giftigen oder explosiven Gasen u. ä. festgestellt, sind die Arbeiten unverzüglich einzustellen und ist die Baustelle zu sichern. • Bei der Entsorgung von Aushubmassen ist das Verwertungsgebot nach § 7 (2)

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zu beachten. Nach § 7 (3) KrWG hat die Verwertung ordnungsgemäß und schadlos zu erfolgen. Dabei sind die Bestimmungen des Bodenschutzrechts zu beachten. • Baumaßnahmen sind so durchzuführen, dass die Erfordernisse des Arbeits- und Umgebungsschutzes eingehalten werden. Die einschlägigen Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzbestimmungen sind zu beachten.

Wasserwirtschaftliche Belange / Wasserrecht Hohe Grundwasserstände bis Geländeoberkante können nicht ausgeschlossen werden und sind bei der Bauausführung zu berücksichtigen. Falls im Rahmen der Bauausführung temporäre Grundwasserabsenkungen erforderlich werden, sind diese bei der Unteren Wasserbehörde zu beantragen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Überschwemmungsgefahr bei Extremhochwasser oder Versagen der Deichschutzanlagen besteht (IKSR 2001). Die Entnahme von Grundwasser ist nur nach Erlaubnis bzw. Genehmigung des Bereiches Umwelt zulässig.

Im Plangebiet sind derzeit keine archäologischen Fundstellen verzeichnet. Es ist jedoch nur ein geringer Teil der tatsächlich im Boden vorhandenen prähistorischen Denkmale bekannt. Sollten tatsächlich archäologische Objekte angetroffen werden, so ist die archäologische Denkmalpflege sofort zu informieren. Ein angemessener Zeitraum ist einzuräumen, damit Rettungsgrabungen in Absprache mit den ausführenden Firmen, planmäßig den Anforderungen der heutigen archäologischen Forschung entsprechend, durchgeführt werden können.

## Natürliches Radonpotenzial

Im Bereich des Oberrheingrabens kann das natürliche Radonpotenzial lokal erhöht sein. Es wird daher empfohlen, bei Neubauten darauf zu achten, dass eine durchgängige Betonfundamentplatte erstellt wird und der DIN-gerechte Schutz gegen Bodenfeuchte gewährleistet ist. In Kellerräumen oder Räumen mit erdberührten Wänden, die dauerhaft durch Personen als Wohn- oder Arbeitsbereich genutzt werden, sollte auf ausreichende (Fenster) – Lüftung (Stoßlüften) vor allem während der Heizperiode geachtet werden. Zur Feststellung der konkreten Radonkonzentration im Bereich des Bauplatzes können orientierende Radonmessungen in der Bodenluft

(BGBl. I S. 466)

(PlanzV 90)

(BGBl. I S. 1509)

(BGBI. I S. 212)

(BGBl. I S. 212)

(BGBl. I S. 95)

(BGBl. I S. 734)

Baugesetzbuch

(BGBI. I S. 1509)

(BauGB)

Planzeichenverordnung 1990

vom 18.12.1990 (BGBI. 1991 I S. 58)

**Bundes-Bodenschutzgesetz** 

vom 17.03.1998 (BGBI. I 1998 S. 502),

vom 12.07.1999 (BGBI. I 1999 S. 1554),

Bundesnaturschutzgesetz

vom 29.07.2009 (BGBI. I S. 2542)

vom 26.09.2002 (BGBI. I S. 3830),

vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414),

Sofern in den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes auf DIN-Regelwerke Bezug genommen wird, sind diese während der üblichen Bürozeiten bei der Geschäftsstelle der Stadtplanung Ludwigshafen im Rathaus, Rathausplatz 20, einsehbar.

## RECHTSGRUNDLAGEN

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts Baunutzungsverordnung vom 23.01.1990 (BGBI. I S. 132), vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 08.04.2013 (BGBI. I S. 734)

Denkmalschutzgesetz zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 vom 23.03.1978 (GVBI. S. 159),

zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 28.09.2010 Gemeindeordnung

zuletzt geändert durch Art. 5 Abs.30 des Gesetzes vom vom 31.01.1994 (GVBI. S. 153), zuletzt mehrfach geändert durch § 142 Abs. 3 des Gesetzes vom 20.10.2010 (GVBI. S. 319) Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung Landesabfallwirtschaftsgesetz

vom 02.04.1998 (GVBI. S. 97), zuletzt geändert durch Art. 5 Abs.31 des Gesetzes vom zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.06.2012 (GVBI. S. 163)

Landesbauordnung vom 24.11.1998 (GVBI. S. 365, BS 213-1), zuletzt geändert durch § 47 des Gesetzes vom 09.03.2011 zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 21.01.2013

Landeswassergesetz Bundesimmissionsschutzgesetz vom 22.01.2004 (GVBI. 2004 S. 54), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 23.11.2011

zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 08.04.2013 Landesbodenschutzgesetz vom 25.07.2005 (GVBI. S. 302)

zuletzt geändert durch Art. 22 des Gesetzes vom 28.09.2010 zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (GVBI. S. 280), diese Änderungen aufgehoben durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.11.2011 (GVBl. S. 402)

Landesnaturschutzgesetz vom 28.09.2005 (GVBI. S. 387)

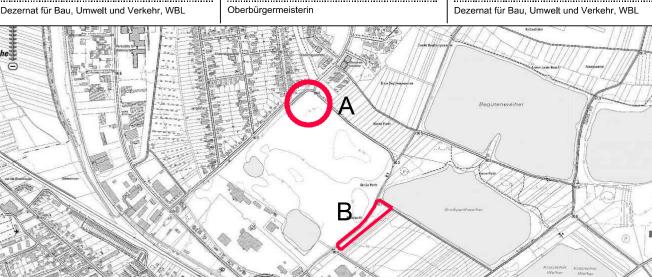
Neugefasst durch Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBI. I S. ruletzt geändert durch Verordnung vom 22.06.2010 (GVBI. S.

zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 08.04.2013 Diese VO wird unter der BS Nummer 791-1/1 nachgewiesen.

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS PLANUNTERLAGE Die Aufstellung dieses Bebauungsplans ist Die Planunterlage im Geltungsbereich des Der Bebauungsplan hat gemäß §3 Abs.2 gemäß §2 Abs.1 BauGB am 12.12.2011 | Bebauungsplans entspricht den Anforder- | BauGB durch Beschluss des Stadtrats durch den Stadtrat beschlossen und am ungen des §1 der Planzeichenverordnung. Bau- und Grundstücksausschusses vom 21.12.2011 ortsüblich bekannt gemacht 19.11.2012 als Entwurf mit seiner Begründung, nach vorheriger ortsübliche Bekanntmachung am 27.03.2013, in der Zeit vom 08.04.2013 bis einschließlich 10.05.2013 öffentlich ausgelegen. Ludwigshafen am Rhein, den ..... Ludwigshafen am Rhein, den .... Ludwigshafen am Rhein, den ...... Dezernat für Bau, Umwelt und Verkehr, WBL Dezernat für Bau, Umwelt und Verkehr, WBL Dezernat für Bau, Umwelt und Verkehr, WBL SATZUNGSBESCHLUSS **AUSGEFERTIGT** RECHTSWIRKSAMKEIT

Der Bebauungsplan ist gemäß §10 Abs.1 | STADT LUDWIGSHAFEN AM RHEIN | Ort und Tag, ab welchem der Bebauungsplan mit seiner Begründung zur all-BauGB am ...... durch den Stadtrat als Satzung beschlossen worden. gemeinen Einsichtnahme bereit gehalten wird, sind gemäß §10 Abs.3 BauGB am ..... ortsüblich bekannt gemacht rechtsverbindlich.

Mit diesem Tage ist der Bebauungsplan Ludwigshafen am Rhein, den ..... Ludwigshafen am Rhein, den ..... Bereich Stadtplanung



Vorhabenbezogener Bebauungsplan

Stadtteil Oggersheim

Gemarkung Oppau

Nahversorgung Melm Planstand zur Offenlage vom 24.05.2013

> Format 1460 x 825 mm

**Ludwigshafen** Stadt am Rhein

Dezernat für Bau, Umwelt und Verkehr, WBL